

40 Jahre Stiftung MITARBEIT

Mitverantwortung in der Demokratie

Im Juni 1963 fand im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin die Gründungsveranstaltung der Stiftung MITARBEIT statt. Fast auf den Tag genau vierzig Jahre später feierte die Stiftung an historischer Stelle ihr 40-jähriges Jubiläum. Unter den zahlreichen Gästen konnte die Stiftungsratsvorsitzende Dr. Diemut Schnetz mit Altbundespräsident Walter Scheel auch einen der Gründungskuratoren begrüßen. Den Festvortrag über »Mitverantwortung in der Demokratie« hielt Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung MITARBEIT.

Marianne Birthler stellte in ihrer Rede die Erinnerung an den 17. Juni 1953, den 20. Juli 1944 und an die Rolle der Bürgerbewegungen 1989 an den Anfang. »Der Widerstand gegen Diktaturen, die Freiheitsbewegungen sind das Beste, was Geschichte zu bieten hat. Wir brauchen die Erinnerung an beides als Ressource für eine lebendige Demokratie.«

Demokratie sei die menschenfreundlichste Art, das Zusammenleben in einer Gesellschaft zu organisieren. Allein mit demokratisch verfassten Strukturen und Institutionen sei diese aber noch keineswegs gesichert. »Demokratie ist nur dann lebendig und stark, wenn sie von freien und verantwortlichen Menschen gestaltet wird. Die Zivilgesellschaft ist nicht ohne Demokratie, die Demokratie nicht ohne Zivilgesellschaft denkbar.«

Zur Würde des Menschen gehöre es, weder Empfänger von Befehlen noch abhängig von Wohltaten zu sein, sondern für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Leben in Freiheit und Würde bedeute, auf Wirklichkeit zu setzen statt auf Ideologien, auf Emanzipation statt auf Erlösung. »Die Verantwortung jedes Einzelnen ist keine Ersatzspielwiese

für die Politik, nicht einmal in erster Linie Dienstleistung am Nächsten. Jeder, jede von uns ist es sich selbst schuldig, kein Spielball derer da oben zu sein.«

Birthler unterstrich die herausragende Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für Werteent-

wicklung und politische Kultur. Die Politik müsse dieses Engagement fördern, Hindernisse von Engagement abbauen und positiv auf aktiven Bürgersinn hinwirken. Nach Meinung Birthlers ist es wichtig, die neuen Formen der Bürger(innen)beteiligung an Entscheidungen weiter zu entwickeln.

In der anschließenden Diskussion, die von den Vorstandsmitgliedern Ulrike Rietz und Klaus Steinke moderiert wurde, nahmen Gremienmitglieder und Vertreter(innen) verschiedener Initiativgruppen zur Frage der Mitverantwortung und zu notwendigen Reformbedarfen in unserer Demokratie Stellung. Walter Scheel kritisierte die »Konsenssucht« und den fehlenden Mut, notwendige Entscheidungen auch mit knapper Mehrheit zu fassen. »Demokratie lebt davon, dass sie nicht nur diskutiert, sondern dass sie entscheidet.«

(Fortsetzung auf Seite 2)



Foto: Hanns-Jörg Stippel

»Politik hat die Aufgabe, Hindernisse von Bürgerengagement abzubauen und positiv auf aktiven Bürgersinn hinzuwirken«. Marianne Birthler (Stiftungsrätin und Bundesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR)

(Fortsetzung von Seite 1)

Mitverantwortung ...

Die thüringische Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht und die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber betonten den Wert der Bürgerbeteiligung an Entscheidungen. Lieberknecht sprach sich dafür aus, die zahllosen Vorschriften und Verwaltungsrichtlinien, die Engagement behindern, zu überprüfen. Weber legte einen besonderen Akzent auf die Mitwirkungsmöglichkeiten Schwächerer in der Gesellschaft. Ernsthaftigkeit der Beteiligung und die Erfahrung, durch die Mitwirkung tatsächlich etwas bewirken zu können, seien dafür elementare Voraussetzungen.

Rosi Wolf-Almanasreh, langjährige Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main, zielte mit ihrem Beitrag in ähnliche Richtung. Gerade Migrant(inn)en seien eine Gruppe, die bei vielen traditionellen Beteiligungsverfahren zu wenig berücksichtigt würden. Neben bürokratischen Strukturen sieht sie ein zentrales Demokratieproblem in der Macht etablierter Verbände, die auf ihren Privilegien beharren.

Über Beispiele praktizierter Mitverantwortung in der Demokratie berichteten Friedemann Horn (*Brückenschlag Leipzig*) und Doris Voll (*Bürgerstiftung Zwischenraum*). *Brückenschlag Leipzig* bewirtschaftet in ihrem Projekt »Bunte Gärten« gemeinsam mit Asylsuchenden und Migrant(inn)en ein Gärtnerengelände. Ziel ist es, die Isolation der Bürger(innen) unterschiedlicher Nationalitäten zu überwinden und zu einer demokratischen Kultur beizutragen, in der Vielfalt und Unterschiedlichkeit als Bereicherung wahrgenommen werden. Die *Bürgerstiftung Zwischenraum* unterstützt das bürgerschaftliche Engagement im Jena-Saale-Holzland-Kreis trägt und mit ihrer Vernetzungsarbeit erfolgreich dazu bei, »Zwischenräume zwischen Stadt und Land, zwischen arbeitslos und erwerbstätig, zwischen behindert und nicht-behindert zu überbrücken«.

Der Vortrag von Marianne Birthler kann unter www.mitarbeit.de heruntergeladen oder als Ausdruck bei der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden.

Neuerscheinung

Virtuelle Netze nutzen lernen

Den Internetauftritten von Initiativen, Projekten und kleinerer Organisationen mangelt es häufig an klaren Vorstellungen und Zielen. Das Ergebnis: Ein Großteil dieser Websites fristet ein Schattendasein im Niemandsland des Netzes. Dass dies nicht so bleiben muss, beweist der neue Internet-Ratgeber der Stiftung MITARBEIT und von pol-di.net e.V., der sich speziell an Aktive in kleineren Organisationen wendet und den Weg zu einem erfolgreichen Internet-Auftritt weist.

Der Ratgeber thematisiert zunächst die generellen Vor- und Nachteile eines Internetauftritts und die Erwartungen von Besucher(inne)n und Betreiber(inne)n an die neue Internetpräsenz. Im Hauptteil der Broschüre geht es dann um die wichtigsten Punkte, die bei der Planung eines Internetauftritts bedacht werden müssen:

- Planungssteam
- Redaktionskonzept
- Design
- Elemente eines möglichen Angebots von den Standard-Anwendungen bis zu den »Killer-Applikationen«

- Rechtliche Fragen
- Technische Grundlagen
- Marketing.

Erläuterungen zum Umgang mit Agenturen und Checklisten zur praktischen Umsetzung der Website runden den Ratgeber ab.

Dowe, Christoph (hrsg. von Stiftung MITARBEIT in Zusammenarbeit mit pol-di.net): Virtuelle Netze nutzen lernen. Der Weg zu einem erfolgreichen Internet-Auftritt. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 27, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003,

66 S., ISBN 3-928053-79-5, zu beziehen über den Buchhandel oder die Bundesgeschäftsstelle.



40 Jahre Stiftung MITARBEIT: Bundespräsident Johannes Rau empfing Gremienmitglieder der Stiftung MITARBEIT und Initiativgruppenvertreter(innen) im Schloß Bellevue in Berlin. Dr. Diemut Schnetz (Vorsitzende des Stiftungsrates) überreicht dem Bundespräsidenten eine Informations-CD über das Internetportal »Wegweiser Bürgergesellschaft« (www.buergergesellschaft.de) der Stiftung MITARBEIT.

Foto: © Bundesbildstelle Berlin, Andrea Bienert

Mehr als nur eine Meinungsbefragung

Bürgerpanel

Eine repräsentative Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern wird in regelmäßigen Abständen zu kommunalpolitischen Themen und zur Bewertung der Arbeit von Verwaltungen befragt, um daraus Anregungen und Impulse für Verbesserungen zu gewinnen. Das ist das Grundprinzip der Methode »Bürgerpanel«. Das in Großbritannien schon seit längerem praktizierte Verfahren wird derzeit vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer weiter entwickelt und soll demnächst in mehreren deutschen Kommunen exemplarisch erprobt werden.

Mit dem Local Government Act 1999 wurden die Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen (z.B. Polizei, Feuerwehr und Gesundheitsamt) in Großbritannien verpflichtet, ihre Angebote und Dienstleistungen regelmäßig zu evaluieren. Das Bürgerpanel ist dabei zu einem bevorzugten Instrument geworden. Auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel in den Niederlanden und in Dänemark, kommen Bürgerpanels seit längerem zum Einsatz.

Im Unterschied zu Einzelbefragungen nach dem Zufallsprinzip zielt das Bürgerpanel auf die Herausbil-

dung eines festen Kerns von 500 bis 1.000 Bürgerinnen und Bürgern, die sich für einen längeren, aber befristeten Zeitraum (z.B. 3 Jahre) bereit erklären, an regelmäßigen Befragungen (etwa drei- bis viermal jährlich) zu lokalen Themen teilzunehmen.

Erster Schritt ist die sog. Rekrutierungsbefragung, mit der das grundsätzliche Interesse an der Mitwirkung ermittelt wird. Aus den grundsätzlich Interessierten wird dann eine Auswahl vorgenommen, die für die Gesamtbevölkerung möglichst repräsentativ ist.

Die einzelnen Befragungen können – ja nach individueller Prä-

ferenz der Teilnehmenden – persönlich, telefonisch, postalisch oder auch als Online-Befragung durchgeführt werden.

Grundsätzlich ist auch eine Kombination mit anderen Bürger(innen)-beteiligungsverfahren denkbar. So können über das Bürgerpanel Einstellungen und Voten erhoben werden, die dann wieder als Daten in andere Verfahren (wie z.B. Planungszellen, Runde Tische oder Zukunftskonferenzen) einfließen.

Die Befürworter(innen) des Bürgerpanels sehen seine Vorteile darin, dass die Informations- und Datenbasis von Entscheidungen verbessert und eine große Gruppe von Bürger(inne)n kontinuierlich in kommunalpolitische Meinungsbildungsprozesse einbezogen wird.

Literatur: Masser, Kai/Daramus, Carmen: Bürgeraktivierung und Repräsentative Bürgerbeteiligung durch kommunale Bürgerpanels, unveröffentlichtes Manuskript 2003. Die Autor(inn)en werden das Konzept auch bei der Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« von Stiftung MITARBEIT und Evangelischer Akademie Loccum (5. bis 7. September 2003) vorstellen.

pol-di.net e.V.

Politik und Internet

Mit der Entwicklung des Internets verband sich schon früh die Hoffnung, via Web die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und für mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen zu sorgen. Erste Schritte in diese Richtung sind getan, neue Formen politischer Partizipation über das Internet werden erprobt. Einen aktiven Beitrag zur »demokratischen und digitalen Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft« will der Verein pol-di.net leisten, der unter der Adresse www.politik-digital.de eine unabhängige Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Internet und Politik betreibt.

Neben umfassenden online-Informationen bietet politik-digital.de vielfältige Möglichkeiten, via Internet mit Politiker(inne)n und anderen Personen des öffentlichen Lebens über aktuelle politische Themen zu diskutieren. In enger Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft arbeitet der Verein an der Weiterentwicklung neuer Formen politischer Partizipation via Internet.

Darüber hinaus betreibt pol-di.net die Website europa-digital.de, die sich auf ein umfangreiches inhaltliches Angebot stützt und eng mit Politik-Websites in Frankreich, der Schweiz und in den Niederlanden kooperiert.

Bei seiner Arbeit ist der Verein gegenüber dem neuen Medium zwar aufgeschlossen, aber keineswegs unkritisch. Das Internet kann andere Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung und das

persönliche Gespräch nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Ziel des Vereins ist es zu zeigen, wo und wann politische Kommunikation im Internet sinnvoll ist und wo und wann besser andere Formen der Kommunikation gewählt werden.

Die Redaktion ist ehrenamtlich tätig und wird von zwei Festangestellten aus Berlin geleitet. Durch die Arbeit ist inzwischen ein Netzwerk von circa 70 freien Autorinnen und Autoren entstanden. Der Verein finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, journalistische Aufträge, Projekte mit öffentlichen Trägern und die Kooperation mit Content-Partnern.

Kontakt: pol-di.net e.V. / politik-digital.de (Redaktion Berlin), Oranienburger Str. 17, D-10178 Berlin, Tel. (0 30) 24 08 36-80/-81, Fax. (0 30) 24 08 36-89, E-Mail: redaktion@politik-digital.de europa-digital.de (Redaktion Köln), Im MediaPark 6, D-50670 Köln, Tel. (02 21) 45 44-15 0, Fax. (02 21) 40 75 11, E-Mail: europa@politik-digital.de

Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung

Erfahrungsaustausch über Theorie und Praxis der Bürger(innen)beteiligung, über neue Entwicklungen und Perspektiven ist das Ziel der bundesweiten Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« (5. bis 7. September 2003 in Loccum/ Nähe Minden), zu der die Stiftung MITARBEIT und die Evangelische Akademie Loccum zum achten Mal einladen.

Vorgelegt werden innovative Beispiele und Projekte, in parallelen Methodenwerkstätten besteht Gelegenheit, einzelne Ansätze vertiefend kennen zu lernen. Angeboten werden Werkstätten u.a. zu den

Themen »Aktivierende Befragung im Stadtteil«, »Bürgerhaushalt«, »Interessenausgleich in kommunalen Konflikten«, »Partizipative Leitbildentwicklung«, »Bürgerpanels«, »Gemeinsinn-Werkstatt« und »Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen«. Raum für weitere Beiträge bietet eine Open Space-Phase.

Im Mittelpunkt der Abschlussdiskussion wird die Frage stehen, wie Politik und Verwaltung für mehr Bürger(innen)beteiligung gewonnen werden können.

Einladung und Programm in der Bundesgeschäftsstelle

Das Profil von Freiwilligenagenturen

Freiwilligenagenturen verfügen über vielfältigen Kompetenzen in den Bereichen Beratung, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätsentwicklung. Dieser Vielfalt steht die Herausforderung gegenüber, ein unverwechselbares Tätigkeitsprofil zu entwickeln.

Die 8. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (18. bis 20. September 2003 in Jena), die wieder in Kooperation mit der Stiftung MITARBEIT stattfindet, widmet sich dem Tätigkeitsprofil von Freiwilligenagenturen anhand folgender Inhalte:

- Vorstellung von überregionalen und lokalen Kooperationsbeispielen mit Unternehmen
- Workshops zu den Themen Organisationsentwicklung, Qualitätsentwicklung, Lobbying und Freiwilligendienste
- Gesprächsrunde »Freiwilligenagenturen – Die Verantwortung für Bund, Länder und Kommunen«
- Ausblick: Neue Herausforderungen für Freiwilligenagenturen.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle oder bei Kerstin Brandhorst (brandhorst@bagfa.de) bei der bagfa

Fundraising konkret

Grundlageninformationen zu Voraussetzungen, Methoden und Möglichkeiten des Fundraisings stehen im Mittelpunkt des Methodenseminars (31. Oktober–2. November 2003 in Bad Honnef), das die Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit »Mehr Demokratie e.V.« durchführt.

Ziel des Seminars ist es, gemeinsam mit den Teilnehmenden realistische Wege für eigene Aktivitäten im Bereich Mittelbeschaffung zu erarbeiten. Zudem können Fundraisingmethoden wie beispielsweise Spendenbriefe schreiben oder telefonische Spendenwerbung praktisch erprobt werden.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Erfolgreich verhandeln

Erfolgreiche Verhandlungsführung gehört zum Alltag im Umgang mit Trägerorganisationen, Geldgebern, Behörden, mit anderen Gruppen oder im eigenen Team. Das Handwerkszeug für eine geschickte und erfolgreiche Verhandlung reicht von der Vorbereitung einer positiven Gesprächsatmosphäre über Argumentationstechniken bis hin zu Verhandlungsstrategien.

In dem Methodenseminar »Erfolgreich verhandeln« (10.–12. Oktober 2003 in Strausberg bei Berlin) wird in ausgewählten Fallbeispielen und durch Übungen gezeigt, was zu beachten ist, damit Verhandlungen konstruktiv verlaufen.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Seminar

Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Sich der Öffentlichkeit im Internet mit einer überzeugenden Website zu präsentieren – das spielt auch für kleine Gruppen, für Initiativen und Projekte eine immer wichtigere Rolle. Doch wie kann ein solcher Internetauftritt geplant und umgesetzt werden – oder wie kann die vorhandene Homepage verbessert werden? Was gilt es dabei zu berücksichtigen?

Das Methodenseminar »Öffentlichkeitsarbeit im Internet: Der Weg zu einem erfolgreichen Internetauftritt« (14. – 16. November 2003 in Weimar) behandelt alle »Wegmarken«, die zu beachten sind, wenn die Öffentlichkeitsarbeit im Web erfolgreich sein soll: Konzeption und Zielgruppe, Redaktionskonzept und Anforderungen an Navigation und Webdesign, mögliche Anwendungen und sinnvolle Marketingmaßnahmen. Die Teilnehmer/innen erarbeiten im Rahmen des Seminars ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Konzept für den eigenen erfolgreichen Internetauftritt.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
D-53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Dr. Diemut Schnetz

Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert